



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP

Mitglied des Europäischen Konvents

Rede auf der Plenartagung des Konvents, Brüssel, 13. September 2002

### **Vereinfachung der Verträge - Stärkung der Demokratie**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt offenbar Konsens, die europäische Gesetzgebung deutlich zu vereinfachen. Ich begrüße das ausdrücklich, denn weder die Vielfältigkeit noch die Kompliziertheit der Rechtsetzungsverfahren ergeben sich notwendigerweise aus der Gemeinschaftsmethode mit ihrem Zusammenspiel von Kommission, Rat und Parlament. Die jetzige Situation ist m. E. doch letztlich vielmehr einer - beim erreichten Integrationsstand der Europäischen Union schon gefährlichen - "Philosophie" geschuldet, wonach Europapolitik insbesondere Außenpolitik sei.

Ja, wir brauchen radikale Veränderungen, insbesondere zur Stärkung der Demokratie. Das heißt:

#### *1. Zur Beteiligung des Parlaments an der Rechtssetzung*

Kein Rechtsetzungsakt und auch kein sonstiger Rechtsakt von wesentlicher Bedeutung darf in der Union in Zukunft gegen den Willen des Europäischen Parlaments in Kraft treten. Insoweit bedarf es nur noch drei verschiedener Verfahren: das Mitentscheidungsverfahren für den Regelfall, das Haushaltsverfahren sowie - für einige wenige Ausnahmefälle (im Bereich der Außenbeziehungen) - das Zustimmungsverfahren. Dies sollte - wohlgemerkt - nicht nur für die Gesetzgebung, sondern auch für alle anderen Entscheidungen in der Gemeinschaft von wesentlicher Bedeutung gelten, seien es Grundzüge einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik oder gemeinsame außenpolitische Strategien. Erst recht gilt dies für die Frage Krieg oder Frieden.

## *2. Zur Beschlussfassung im Rat*

Konstitutive Rechtsakte und sonstige Rechtsakte, die eine Annahme durch die Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften erfordern, bedürfen auch künftig einstimmiger Beschlüsse im Rat. Für alle anderen legislativen Rechtsakte aber sollte die qualifizierte Mehrheit gelten, auch dabei sollten wir Mut zur Reform haben und uns für die Einführung einer doppelten einfachen Mehrheit aussprechen. Selbstverständlich darf der Rat, wenn er als Gesetzgeber agiert, künftig nicht mehr hinter verschlossenen Türen tagen.

## *3. Zum Haushaltsrecht*

Ich kann meinen Vorrednern nur zu stimmen. Dem Europäischen Parlament muss künftig das volle Haushaltsrecht gehören und die Unterscheidung zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben muss aufgehoben werden. Sie ist anachronistisch, und es ist den Bürgerinnen und Bürgern schlichtweg nicht vermittelbar, dass über die Verwendung eines großen Teils ihrer Steuergelder ohne das Parlament entschieden wird.

## *4. Zum Initiativmonopol der Kommission*

Ich habe gestern die Ausführungen von Herrn Barnier und Herrn Duff zu dieser Frage aufmerksam verfolgt und möchte dazu folgende Überlegungen äußern:

Die Befugnis zur Gesetzgebung umfaßt gemeinhin auch das Recht zur Gesetzesinitiative. Diese Selbstverständlichkeit würde in keinem unserer Mitgliedstaaten ernsthaft bestritten werden. In der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde jedoch genau diese Trennung vorgenommen. Aus gutem Grunde: So sollte bei der Gesetzgebung eine ausgewogene Balance hergestellt werden zwischen dem Gemeinschaftsinteresse - verkörpert durch die Kommission - und den mitgliedstaatlichen Interessen - verkörpert durch die Regierungsvertreter des Rates. Diese Methode hat sich bewährt und daran sollte auch nicht gerüttelt werden.

Im Mitentscheidungsverfahren ist der Rat aber nur noch Ko-Gesetzgeber neben dem Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament verkörpert aber im Unterschied zum Rat nun wirklich nicht die Einzelinteressen der Mitgliedstaaten, sondern - ähnlich der Kommission - originär Gemeinschaftsinteresse. Wenn das aber so ist, so frage ich mich, wo liegt dann noch die Rechtfertigung, diesem Gesetzgeber einen Teil der Gesetzgebungsbefugnisse, nämlich die Gesetzesinitiative, vorzuenthalten?

Die Aufrechterhaltung des Initiativmonopols mag bisher ohne größere Spannungen funktioniert haben, weil die Kommission bereit war, Anregungen zur Rechtsetzung angemessen aufzugreifen und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Ich möchte aber in dem Zusammenhang eine Frage stellen: Was passiert, wenn zum Beispiel aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten die Kommission eine parlamentarische Anregung zur Gesetzesinitiative nicht aufgreift? Was spricht dagegen, **für diesen Fall** dem Europäischen Parlament (und nur um dieses geht es dabei und **nicht um den Rat**) ein **ergänzendes**, ein **subsidiäres** Initiativrecht zu verleihen?